

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.)
Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Reaktion im Ruhrgebiet.

Scharfe Auseinandersetzungen in den Parteioptionen von Teltow-Beeshow und Niederbarnim.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Sowohl die rechtssozialistischen wie die unabhängigen Wahlkreisorganisationen von Teltow-Beeshow und Niederbarnim hielten gestern Generalversammlungen ab, die sich vornehmlich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl beschäftigten.

In den Versammlungen der Rechtssozialisten kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über das System Koste und über die Haltung der bisherigen Vorsitzenden der Großberliner Bezirksorganisation Franz Krüger. Vor allem in Teltow-Beeshow war die Opposition gegen die bisherige Haltung der Partei und ihrer Führer stark. Ein Wilmersdorfer Delegierter erklärte u. a., die Wilmersdorfer würden für eine Liste mit dem Namen Franz Krüger an der Spitze nicht stimmen. Bei der Kandidatenaufstellung wurde in Teltow-Beeshow an erster Stelle der von der Opposition geforderte Edward Bernstein gesetzt; weitere Kandidaten sind: Alfred Kunze, Franz Krüger. In Niederbarnim wurde die Aufstellung der Kandidaten ihrer gemeinsamen Sitzung der Wahlbezirke überlassen. Der Vorstand schlägt die bisherigen Abgeordneten Wisfler, Hermann Müller und Marie Fuchsig wieder vor.

In der Generalversammlung der U. S. P. für Teltow-Beeshow wurden von den Delegierten teilweise heftige Angriffe gegen die Politik der Freiheit, gegen die Genossen Hülserding und Volksheld gerichtet. Einer der heftigsten Redner, der Genosse Stolz, erklärte es geradezu für seine Aufgabe, alle rechtsstehenden Führer aus der Partei hinauszudrängen. Schließlich wurde die Aufstellung einer Kandidatenliste beschlossen, die den Genossen Jubelt an erster Stelle enthält und dann folgende Namen enthält: Ernst Dänmig, Pönnlein-Charlottenburg, Frau Kemig-Charlottenburg, Künstler-Kennel, Wegmann-Berlin, Herzfeld-Berlin, Vogtherr, Sieder-Berlin, Hofmann-Schmargendorf.

In Niederbarnim wurde ebenfalls die Haltung der Freiheit und besonders Volksheld kritisiert, weil dieser als Kandidat vorgeschlagen war. Obgleich sehr heftige Angriffe gegen ihn gerichtet wurden, kam er bei der Abstimmung an die erste Stelle der Liste. Nach ihm folgten Frau Wuff, Seab, Crispian, Baumann, Müller, Käbel, A. Hoffmann, Pfeiffer.

Weitere Besetzungen im Ruhrgebiet.

Stuttgart, 26. April. (M.-N.) Zur „Durchführung der Entwaffnung“ im Industriegebiet sind, wie von württembergischer Seite mitgeteilt wird, württembergische Reichswehrverbände nach dort abgegangen und in Alerlohn und Umgebung eingesetzt. Im Ruhrgebiet wurden die Orte Nalheim, Gückar und Bruchhausen von Württembergern besetzt. In der um preussische Truppen sind mit der Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund und Umgebung beauftragt. Die bayrische Militärabteilung nach Schleißheim, die württembergische nach Balingen abmarschiert.

Neue Meldungen der Reichswehr.

Aus Bitterfeld wird berichtet: Am Sonnabendnachmittag kam es hier auf dem Bahnhof zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einer kleinen Abteilung Reichswehr und Arbeitern. Einer der Arbeiter, der sich aufhebend durch einen Zugszug aus dem Publikum beiseite löste, schlug aus dem Zug ohne weiteres auf die Wehre, ohne jemand zu verletzen. Arbeiter holten darauf den Schützen aus dem Zuge heraus und verprügelten ihn, doch wurde er durch drei Unteroffiziere wieder befreit. Als die Unteroffiziere dann auch noch beilegende Arbeiter „sechsen“ wollten, wurden sie von der Menge bedrängt. Auf Schreie schüßte die Masse in den Zug. Darauf gab einer der Unteroffiziere nach zwei Schüssen auf die Liegenden ab, wodurch ein Arbeiter getötet und zwei verwundet wurden. Die Arbeiter verhinderten darauf die Weiterfahrt des Zuges und entwaffneten schließlich die ganze Truppenabteilung.

Die Konferenz in San Remo.

Richtlinien für das Verhalten zu Deutschland.
Die Vossische Zeitung erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in einer Sonntagvormittag abgehaltenen privaten Unterredung zwischen Lloyd George und Millerand nach dreitägiger Beratung folgende Richtlinien vereinbart worden sind:
1. Die Verbündeten werden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags drängen.

2. Das Ersuchen Deutschlands um Erhöhung seines Heeres wird ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und des Flugparks abgelehnt.

3. Deutschland erhält die Ermächtigung zu einer Verstärkung seiner Polizeitruppe. Die Entente behält sich jedoch das Recht einer ständigen Kontrolle über die Tätigkeit und die Bestandsziffern der deutschen Polizeitruppe vor.

4. Deutschland erhält Vorschläge in Gestalt von Gold und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang zu setzen und so seine pekuniären Verpflichtungen erfüllen zu können.

Paris, 26. April. (M.-N.) Der englische Premierminister hat Millerand gegenüber offen den in der englischen Öffentlichkeit verbreiteten Verdacht erwidert, daß Frankreich bei seinen radikalen Maßnahmen gegen Deutschland von Annexionsabsichten geleitet sei. Millerand hat darauf kategorisch erklärt, daß Frankreich an Annexion gar nicht denke. Es wolle weder Frankfurt, noch das Ruhrgebiet, noch die in der Türkei gelegenen Gebiete Frankreich annectieren. Millerand schlägt vor, daß diese Verhältnisse ausdrücklich in der gemeinsamen Note der Alliierten an Deutschland aufgenommen werde. Deutschland wird aufgefordert werden, seine Entwaffnung zu beschleunigen und seine Truppen so schnell wie möglich aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen. Wenn es sich widersetzt, werden wirksame Sicherungsmassnahmen getroffen werden. Es wird also weder von einer Besetzung deutscher Gebiete, noch von der Blockade gesprochen werden. Nach dem Temps meldet der Korrespondent der Daily Mail in San Remo: Man versichert, daß die Mindestsumme, die Deutschland zu bezahlen hat, 20 Milliarden Mark betragen soll, und zwar zahlbar in dreißig Jahresraten zu drei Milliarden Mark.

Die türkische Frage.

Paris, 26. April. Laut einer Temps-Meldung aus Konstantinopel werden die türkischen Friedensdelegierten nächste Woche unter Führung des ehemaligen Vizepräsidenten in London, Cemil Pascha, nach Paris abreißen. Sie werden nur den Text des Friedensvertrags entgegennehmen, der in Konstantinopel vom Reichsrat besprochen werden soll. Nach einer Meldung der Daily Mail aus San Remo soll der Vertreter der Türkei erklärt haben, die Türkei werde diesen Vertrag niemals unterzeichnen. Laut Chicago Tribune soll der Türkei ein Heer von 25 000 Mann belassen werden. Konstantinopel soll eine Polizeitruppe erhalten, die einer internationalen Kommission untersteht, deren Vorsitz abwechselnd Frankreich, England und Italien stellen werden.

21. San Remo, 26. April. Die Konferenz beschloß, daß dem türkischen Friedensvertrag die bekannte Erklärung Valbones einzufügen ist. Diese bestimmt, daß Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden werden soll, die die gleichen Rechte wie die Araber in Palästina und die Juden in anderen Ländern haben werden.

Paris, 24. April. Reuter meldet: Der Oberste Rat hat beschlossen, Smyrna unter türkische Souveränität oder unter die Verwaltung von Griechenland zu stellen.

Rotterdam, 26. April. Weltminier Gazette berichtet, daß die türkischen Forderungen an der Seestraße drei Monate nach Ratifikation des Friedensvertrages geschleift werden müssen.

Amerika erkennt die Unabhängigkeit Armeniens an

Washington, 26. April. Die Vereinigten Staaten haben die Unabhängigkeit der Republik Armenien formell anerkannt.

Sozialistischer Protest gegen den neuen Krieg.

21. Mailand, 26. April. Die japanische Botschaft in Rom hat die Nachricht des Avants von einem Korridor der japanischen Truppen im asiatischen Ausland bekannt. Der Avanti fordert das gesamte italienische Proletariat zu einem Protest gegen den neuen Krieg auf, der nach seiner Ansicht nicht von Japan allein, sondern von allen Verbündeten beschlossen worden ist.

Der Streik in Elsh-Volbringen.

Mech, 23. April. (Savas.) Die Streiklage ist unverändert. Zwischen Mech und Saarbrücken ist ein regelmäßiger Automobildienst eingerichtet. Der Mecher Express nach Paris ist Freitagabend ausgefallen. Die Post arbeitet mit vermindertem Personal.

Paris, 24. April. Nach einer Savas-Meldung aus Saargemünd haben sich auch die unabhängigen Eisenbahner dem Streik angeschlossen. Der Verkehr ruht vollkommen.

Paris, 24. April. Nach einer Meldung des Temps haben die gewerkschaftlichen Arbeiter Straßburgs heftig gegen die Anwesenheit einer marokkanischen Division protestiert. Nach Meldung aus Mech ist der Eisenbahnverkehr in Volbringen allgemein. Die Züge Paris-Nancy gehen nur bis Saargemünd.

Paris, 26. April. (M.-N.) Der Matin meldet aus Diederichshausen: Alle Fabriken, gegen die sich die Kundgebungen richteten mit Ausnahme einer einzigen, seien stillgelegt. An verschiedenen Orten sind die Soldaten von den Kundgebungen angegriffen worden; man habe ihnen die Gewehre abgenommen und diese vernichtet. Die Truppen besitzen keine Patronen. In Diederichshausen selbst hätten die Kundgebungen mit roten Fahnen die Stadt durchzogen und revolutionäre Slogans gerufen. Die Bewegung sei nicht wirtschaftlicher, sondern revolutionärer Natur.

Das Zentralkomitee als Presseorgan

Die Freiheit brachte am 20. April einen Artikel aus der Feder des Genossen R. B.: Koalition oder sozialistische Regierung? Darin wurde in durchaus sachlicher Weise die Regierungsbildung nach der kommenden Reichstagswahl erörtert und die Forderung einer sozialistischen Regierung unabhängig von Gang und Ausmaß der Wahlkampagne erhoben. Die Forderung einer sozialistischen Regierung war mit nichts als eine Wahlparole aufgestellt. Vielmehr betonte der Artikel:

„Nun wird uns zwar gesagt, es sei die Aufgabe der Stunde, die Republik und die Demokratie auf feste Füße zu stellen, und zur Erreichung dieses Zweckes seien die Parteien, die sich jetzt in die Ministerportfolios teilen, einzig und allein geeignet. Aber schon vor einmal die absolute Unverträglichkeit der Demokraten und des Zentrums bei der Lösung dieser Probleme voraus, so bleiben doch Republik und Demokratie immer nur Formen, denen ein Inhalt gegeben werden muß, und in einem Zeitpunkt, in dem von Tag zu Tag die Frage brennender wird, ob dieser Inhalt der Kapitalismus oder der Sozialismus sein soll, muß sich die Möglichkeit einer Gemeinschaft, in der Sozialdemokraten neben bürgerlichen Politikern sitzen, immer deutlicher offenbaren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Sozialdemokraten auf eine Durchsetzung ihrer sozialistischen Forderungen in der Praxis verzichteten. Solange sie sich mit Rücksicht auf die Massen immer noch geneigt zeigen, ein Programm beizubehalten, werden Unklarheit und Unsicherheit die unvermeidliche Folge sein und an die Annahme einer geraden und gesicherten Bahn ist nicht zu denken.“

Nach dieser unumgänglichen Situation gibt es nur zwei Auswege: entweder man schafft eine rein sozialistische Regierung oder man überläßt die Verantwortung ausschließlich den Bürgerlichen. Die zweite Eventualität muß verworfen werden, wenn das Proletariat nicht die Kraft oder nicht den Willen besitzt, die Geschicke des Landes allein in die Hand zu nehmen. Daß sie ihre Gefahren hat, ist zuzugeben, aber die Befreiung dieses Weges würde zum mindesten klare Verhältnisse herbeiführen. Sie würde es der Bourgeoisie unmöglich machen, ihre kapitalistische Politik hinter einer sozialdemokratischen Fassade zu verbergen; sie würde die Einigung der Arbeiterparteien beschleunigen und sie wahrscheinlich sehr bald in die Lage versetzen, eine Regierung, die die Dinge nicht zu meistern imstande wäre, abzuschaffen. Aber es bliebe natürlich ein Unwagnis, auf der schiefen Ebene der proletarischen Sache würde verhältnismäßig teuer erkauft. Deshalb streben wir die sozialistische Regierung als das nächste Ziel an.

In diesem Sinne werden wir auch den Wahlkampf führen, denn die Übergangsmassnahmen, deren sofortige Durchführung unsere Partei in ihrem Wahlauftrag fordert, gehen über die Kraft eines bürgerlichen oder gemischten Ministeriums. Sie bilden die untersten Stufen der Leiter zur sozialistischen Gesellschaftsform, und diese Stufen zu betreten, werden Nichtsozialisten sich stets mit allen Kräften sträuben. Sie zeigen gleichzeitig aber auch die Einsicht, auf der sich die sozialistischen Parteien zu gemeinsamem Handeln finden können, vorausgesetzt, daß wir eine Gewähr dafür besitzen, daß unsere Nachbarn auf der rechten Seite nicht nur mit den Lippen zu unsern Ideen beistimmen.

Wir beginnen die Wahlkampagne in der Hoffnung, sie das in dem Augen aufgestellte Programm eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir an dem Gedanken der sozialistischen Regierung festhalten. Wir glauben, daß Deutschland mit dem Übergang zum Sozialismus und dem Bruch mit dem System, in dem Kapitalismus und Militarismus sich gegenseitig stützen, nicht warten kann, bis vielleicht in vier oder acht Jahren oder noch später die sozialdemokratische Mehrheit trotz der wirtschaftlichen Mächtmittel, die die Geener gegen uns ins Treffen führen können, im Parlament erreicht ist. Die Kräfte des Proletariats können sich außerhalb der Volksvertretung Geltung verschaffen. Wenn es will und wenn es geschlossen auftritt, vermag es die Herrschaft auch dann auszuüben, wenn ihm die Demokratie des Stimmzettels die Verwirklichung dafür nicht zugestehen scheint.

Und wieder können wir uns auf August Müller berufen, der die Stunde für eine sozialistische Regierung schon jetzt für gekommen erklärt. Sie würde nach seiner Ansicht nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten am ehesten gerecht werden, sondern sie entspräche auch am besten der gegenwärtigen Machtverteilung. August Müller erkennt also, daß wichtiger als die geschriebene Verfassung die tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb eines Staatswesens sind, und daß von ihrer Verteilung die Zusammenfassung des Parlaments durchaus nicht ein zufälliges Bild gibt. Er verläßt damit freilich den Boden, an dem das Gros der rechtssozialistischen Partei noch immer festhält. Er betet nicht wie dieses die formale Demokratie und den Buchstaben des Staatsgesetzes an; er nähert sich, ohne es zuzugestehen, den Gedankenwegen, die in der Forderung einer Diktatur des Proletariats münden. Er meint seine Parteigenossen sich entschließen, ihm zu folgen, so wäre für den Sozialismus außerordentlich viel, wenn nicht alles gewonnen. Aber leider sind die Mitglieder dafür, daß er mehr als ein Prediger in der Wüste, noch außerordentlich gering.

Gegen diesen Artikel wendet sich in nachstehender Erklärung das Zentralkomitee der Partei: